

Kirchliche Zeitläufe.

Von Dr Josef Massarette.

1. Aus der Vatikanstadt: Papst Pius XI. an der Jahreswende. Seine Ansprache an die Pfarrer und Fastenprediger Roms; Verstimmung der faschistischen Machthaber. Die erste päpstliche Rundfunkrede. — 2. Die Enzyklika über die christliche Ehe. — 3. Unerquickliche Verhältnisse in Elsaß-Lothringen. — 4. Zur kirchenpolitischen Lage in Mexiko.

1. Die Allokution, welche Pius XI. am 24. Dezember 1930 an die ihm zu Weihnachten und Neujahr Glückwünsche überbringenden Kardinäle richtete, war nicht weniger bedeutsam als seine wichtigsten Kundgebungen in den Konsistorien. Nachdem der neue Kardinaldekan Granito di Belmonte im Namen des Hl. Kollegiums der Hauptergebnisse des verflossenen Pontifikatsjahres dankend gedacht hatte, warf der Hl. Vater zunächst einen Rückblick auf die erfreulichen Ereignisse, wie das St.-Augustinus- und das St.-Emmerich-Jubiläum und die Eucharistischen Kongresse von Budapest, Karthago und Loreto. Dann wies er hin auf die Dinge, die Sorge bereiten. Dazu gehören vor allem die sozialen und wirtschaftlichen Nöten mit der stark zunehmenden Arbeitslosigkeit, Zustände, die nach einer besseren Ordnung auf der Grundlage größerer Gerechtigkeit und Nächstenliebe rufen. Die für die Zukunft naheliegenden Befürchtungen scheinen dem Papst übertrieben, wenn auch die Propaganda des Umsturzes und die um sich greifende Sittenlosigkeit geeignet ist, schreckliche Stürme zu entfesseln. Als in manchen Ländern, zumal in Italien, verheerende Naturkatastrophen sich ereigneten, da war es Sache des Vaters der Christenheit, mit Gebet und Trostworten, aber auch nach Möglichkeit in materieller Weise Hilfe zu leisten. An religiösen Bedrängnissen fehlte es nicht. Die Kirche Gottes hat noch harte Kämpfe zu bestehen. „Es muß“, sagte der Papst, „noch viel gebetet werden für unsere Brüder und Kinder in Mexiko, für die bewundernswerten Streiter, die im Namen und um der Liebe Jesu Christi willen in Rußland, in Sibirien leiden und sterben und durch ihre Leiden die Wiedergeburt in Christus für jene ungeheuren Gebiete und zahllosen Völker vorbereiten. Es muß auch gebetet werden für Unsere wackeren und tapferen Missionäre und Unsere lieben Missionen in China, die abermals in vielen Teilen des unermesslichen Landes die härtesten Prüfungen durchgemacht haben und noch durchmachen, nicht ohne die Glorie wahrer Martyrien, und zwar nicht seitens jener im allgemeinen guten und friedliebenden Bevölkerung, sondern durch verhältnismäßig wenige Gewalttätige, die oft von der antisozialen und religionsfeindlichen Werbetätigkeit, welche die ganze gesittete Welt bedroht, verhetzt sind“. — Weiter beklagte Pius XI. die in

Italien von Nichtkatholiken betriebene Propaganda mit den Worten: „Wir müssen zu Unserm täglichen Schmerz sehen, wie das akatholische, ja antikatholische Proselytentum in Italien und besonders in Rom selbst eine immer stärkere und immer umfassendere Tätigkeit entfaltet, bald hinterlistig und versteckt, bald kühn und unverschämt, indem es die Gefahr und die Schäden der Gewissen durch die Lockung zahlreicher ganz und fast ganz unentgeltlicher Vorteile zu verdecken sucht und die oft mit der Not und dem Hunger zusammenhängende Unwissenheit und Einfalt ausnützt. Und all das angesichts eines Gesetzes, das zwar Nichtkatholiken die Ausübung eines nicht katholischen Kultus gestattet, ihnen jedoch keineswegs Proselytismus erlaubt und noch weniger diesen schrankenlosen Proselytismus gegen die katholische Religion, die einzige Staatsreligion. Und all das, als ob es etwas Verletzenderes und Beleidigenderes gegen die Person des Papstes geben könnte als eben solcher Proselytismus und etwas, das noch mehr dem heiligen Charakter der Ewigen Stadt, Bischofsitz des Papstes, Mittelpunkt der katholischen Welt, Ziel der Pilgerzüge, widersprechen könnte. Die Fassung des Gesetzes und der feierlichen Verträge ist so klar und überzeugend, daß man, um sich den Vorgang zu erklären, denken könnte, der Wortlaut sei in Vergessenheit geraten oder der beklagte Proselytismus sei unbekannt. Daher haben Wir es für nötig erachtet, hier klar daran zu erinnern und klar darauf hinzuweisen. Und Wir hegen das Vertrauen, daß dies nicht ohne gute Wirkung sein werde, da Wir andererseits doch an jener guten Gesinnung nicht zweifeln können, die auch das Interesse des Landes erheischt, das in seinem kostbarsten Schatze, im Glauben der Väter und in seiner tiefsten und wesentlichen Einheit, der religiösen Einheit, bedroht ist. Gern erblicken Wir Zeichen und Beweis solch guter Gesinnung in dem Dekret, das Wir kürzlich lasen und das dem von Uns neu gegründeten Werk zur Erhaltung des Glaubens den Charakter der juristischen Persönlichkeit in Italien verleiht.“ (Der Text der päpstlichen Ansprache gibt in Klammern die betr. Artikel der Lateranverträge an, auf die der Papst sich beruft.) — Dann redete der Hl. Vater außerordentlich eindrucksvoll über den wahren Frieden, den Christus uns gebracht hat. „Die Katholiken sind nicht nur zum weitesten und vollkommensten Genuß des Friedens Christi berufen, sondern auch, wie zur Festigung und Ausbreitung des Reiches Christi, so zur Ausbreitung und Festigung seines Friedens. Und dies mittels des vielfältigen Apostolats des guten Wortes, der Wohltätigkeit, des Gebetes, das allen so leicht und bei Gott so mächtig, ja allmächtig ist. Der Ruhm und die Pflicht dieses Friedensapostolates kommt vor allem Uns und allen zu, die zu Dienern des

Gottes des Friedens berufen sind. Aber es öffnet sich hier auch ein weites, prächtiges Feld für das ganze katholische Laientum, das zur Teilnahme am hierarchischen Apostolat aufzurufen Wir nicht müde werden. An die Katholiken des ganzen Erdkreises und insbesondere an jene, die in der Katholischen Aktion studieren, arbeiten und beten, richten Wir heute noch wärmer diese Einladung und Aufforderung. Mögen sie sich alle im Frieden und für den Frieden Christi zusammenschließen in voller Einmütigkeit der Gedanken und Gefühle, der Wünsche und Gebete, der Werke und des Wortes — sei es nun gesprochen, geschrieben und gedruckt — und so wird eine warme und sicherlich wohltuende Atmosphäre wahren Friedens geschaffen werden, die sich über die ganze Welt ausbreiten wird.“ Dann führte der erhabene Redner aus, der Friede Christi sei nicht ein sentimentaler, verwirrter und zudringlicher Pazifismus. Es sei auch ein schwerer Irrtum zu glauben, daß wahrer und dauerhafter Friede bei den Völkern herrschen könne, solange sie sich vornehmlich um irdische Güter bemühen, die schwerlich auch dann für alle hinreichen, wenn niemand den Löwenanteil für sich beanspruchen wollte. Ebenso irrig sei die Meinung, ein wahrer, äußerer Friede könne auch da bestehen, wo der innere Friede fehlt, wo der Geist des Friedens nicht Macht hat über Verstand und Herz; ein innerer Friede sei aber schwer, wenn eine ungerechte Verteilung der Vorteile und Lasten, der Rechte und Pflichten die verschiedenen Volksklassen, Kapital und Arbeit in Konflikt bringe. „Doch noch schwerer, um nicht zu sagen unmöglich, kann Friede unter den Völkern und Staaten walten, wenn an Stelle der wahren und echten Vaterlandsliebe ein selbstsüchtiger und harter Nationalismus herrscht und wütet, der gleichbedeutend ist mit Haß und Neid statt gegenseitigen Wohlwollens, gleichbedeutend mit Mißtrauen und Verdacht statt brüderlichen Vertrauens, mit Konkurrenz und Streit statt einträchtigen Zusammenwirkens, mit Sucht nach Ober- und Vorherrschaft statt der Achtung und des Schutzes aller Rechte, seien es auch jene der Schwachen und der Kleinen. Gänzlich unmöglich ist es sodann, daß die Völker jene Ruhe in der Ordnung und in der Freiheit, die das Wesen des Friedens selbst ausmacht, besitzen und genießen, solange von innen und von außen Drohungen und Gefahren kommen, denen man nicht mit hinreichenden Verteidigungsmaßnahmen und Mitteln begegnet. Und gewiß sind Drohungen und Gefahren untrennbar von der bereits erwähnten antisozialen und religionsfeindlichen Propaganda; man kann sie aber nicht mit materiellen Abwehrmitteln allein beseitigen und bewältigen. Was die Drohung neuer Kriege betrifft, während die Völker noch immer die Geißel des letzten ungeheuern Krieges verspüren, so können und wollen Wir nicht

glauben, daß sie wirklich bestehe, denn Wir vermögen nicht zu glauben, daß es einen Kulturstaat gibt, der in solch scheußlicher Weise zum Mörder und fast sicher zum Selbstmörder werden wolle. Müßten Wir einen positiven Zweifel hegen, daß es wirklich einen solchen gebe, dann müßten Wir Uns an Gott wenden mit dem inspirierten Gebet des königlichen Propheten, der doch Krieg und Sieg kannte: „Dissipa gentes, quae bella volunt“ (Psalm 67, 31), sowie mit dem täglichen und allgemeinen Gebet der Kirche: „Dona nobis pacem“. — Schließlich kündigte der Hl. Vater eine Enzyklika über die christliche Ehe an. Dabei sprach er über bedauerliche Begleiterscheinungen der Dispensehe des Bulgarenkönigs Boris und der italienischen Prinzessin Giovanna, betonte aber zugleich, daß die von beiden gegebenen Zusicherungen an Klarheit und Bestimmtheit nichts zu wünschen übrig ließen.

In einer am 16. Februar den Pfarrern Roms und den von ihnen berufenen Fastenpredigern gewährten Audienz nahm der Papst Bezug auf ein ihm vom Sekretariat der Pfarrer unterbreitetes Memorandum; sie weisen auf drei Herde der Verderbnis für die ihnen anvertrauten Seelen hin: die schlechte Presse, die schlimmen Theater- und Kinovorstellungen sowie die Entheiligung der Sonn- und Festtage. Pius XI. sagte, seit langem von verschiedenen Seiten informiert, habe er wiederholt bei den zuständigen Instanzen Schritte getan, um eine energischere Abstellung der Mißstände zu erzielen, leider sei aber bisher sehr wenig erreicht worden. Indem er der eben stattgehabten Jahresfeier der Lateranabkommen gedachte, fuhr er fort: „Der erste Artikel des Vertrages proklamiert und bekräftigt von neuem, daß die katholische Religion die Religion des Staates ist, wie sie die des italienischen Volkes ist. Man darf sich nun fragen, ob es etwas der Religion mehr Widersprechenderes gibt als die unmoralische Presse, die unanständigen Schauspiele, die Entheiligung des Tages des Herrn . . . Wir haben Art. 37 des Konkordats, der ausdrücklich die von den Leitern der Jugendvereine übernommene Verpflichtung proklamiert, den Stundenplan so festzusetzen, daß an den Sonntagen und gebotenen Festtagen die Erfüllung der religiösen Pflichten nicht behindert wird. . . . Art. 1 des Konkordats besagt ausdrücklich: „In Anbetracht des geheiligten Charakters der Ewigen Stadt, Bischofsitz des Papstes, Zentrum der katholischen Welt und Ziel der Pilgerzüge, wird die italienische Regierung dahin wirken, alles zu verhindern, was in Widerspruch zu diesem Charakter stehen könnte.“ Das habe man nicht besser ausdrücken, dem habe man aber auch nicht schlimmer widersprechen können, als es zu großem Schmerz des Papstes geschehe. Er ersuchte die Pfarrer, bei den Behörden auf die fraglichen Punkte zu drängen

und die Mitwirkung der Eltern anzurufen. Zum Schluß klagte er von neuem über den protestantischen Proselytismus, der sich auf ganz Italien, insbesondere Rom ausdehne zur schweren Schädigung des Volkes in seiner Gewissens- und Glaubenseinheit. Es geschehe nichts; dem Treiben Einhalt zu tun. Die Protestanten selber staunen, daß ihnen alles gestattet ist und rühmen sich dessen. Gestern kündigten sie einen eigenen Pilgerzug nach Italien und heute eine in Italien abzuhaltende Synode an. Wie ist so was möglich? Der Hl. Vater schloß mit der Feststellung, daß diese ständige Ausbreitung des Übels durch Propaganda, durch Anwendung aller Mittel, worunter Ankauf von Grundbesitz, voller Gefahren und Drohungen ist, auch abgesehen vom übernatürlichen Standpunkt.

Am 3. März, bei der Budgetberatung des Innenministeriums in der italienischen Kammer, wollte der Unterstaatssekretär Arpinati auf verschiedenes antworten, was Pius XI. in seiner Weihnachtsallokution und in der soeben erwähnten Ansprache bemerkt, und was übrigens die faschistische Presse totgeschwiegen hatte. Er behauptete, die öffentliche Ordnung sei in moralischer wie in politischer Hinsicht normal. Die Zahl der Verbrechen sei zurückgegangen. Man gehe mit unbeugsamer Strenge gegen diejenigen vor, die sich gegen die Mutterschaft verfehlen; auch hier sei ein Rückgang der Fälle zu verzeichnen. Der Schutz der öffentlichen Ordnung sei verschärft worden. Der Kampf gegen alle Formen der Korruption kenne keine Pause. Die öffentlichen Vergnügungsorte, die keine hinreichenden Garantien geben konnten, seien geschlossen worden. Freilich werde jenen, die von Vollkommenheit träumen, kein Eifer genügen. Für die Theater und Kinos habe die Regierung eine zentrale Zensurkommission ernannt und weitere Maßnahmen in Aussicht genommen. Der faschistische Staat als moralischer Staat sei absolut unabhängig in der Auswahl der Mittel zur Erreichung des selbstgestellten Zieles. Er erachte insbesondere die Familienväter als geeignet, der Kommission anzugehören. Ihr Urteil brauche nicht zurückzutreten hinter dem der „Moralprofessoren“ oder der „Moralisten von Beruf“, denen die schmerzliche Lebenserfahrung abgeht. Übrigens habe man bisher nichts gehört von skandalösen Theater- und Kinoaufführungen, die gewisse Proteste rechtfertigen könnten. So sei auch nichts bekannt von der Ausbreitung einer unmoralischen Presse. Die Präfekten hätten immer für Beobachtung des Sonntagsruhegesetzes gesorgt. Zum Schluß erklärte der Unterstaatssekretär mit starker Betonung, man werde keinerlei Nachsicht mit den Feinden des Faschismus üben und keine Rücksicht auf jene nehmen, die nach der während neun Jahren geleisteten Titanenarbeit es wagen sollten, die faschistische Revolution als eine vorüber-

gehende Episode zu bezeichnen. Ostentativer, gewaltiger Beifall lohnte den Redner, den Mussolini, die Unterstaatssekretäre und viele Abgeordnete beglückwünschten. — Die leider sehr zusammengeschrumpfte katholische Presse Italiens nahm Stellung zu den selbstbewußten Ausführungen des faschistischen Wortführers. „L'Avvenire d'Italia“ bemerkte u. a., nachdem der italienische Staat sich durch die Lateranabkommen als moralischen Staat charakterisiert habe, müsse er immer und überall die Morallehre der Staatskirche anerkennen. Die Klagen der religiösen Autorität bedeuteten keine Verkenning des bereits Geleisteten; man brauche darin nur einen Hinweis auf das Viele, was noch zu tun bleibt, zu sehen.

Der 20. September, Jahrestag des Einzugs der Piemontesen in Rom, ist nun durch Gesetz als Nationalfeiertag abgeschafft und durch den 11. Februar ersetzt. Dieser Tag, an dem die Lateranverträge unterzeichnet wurden, worin auch die päpstliche Anerkennung Roms als Hauptstadt Italiens ausgesprochen wurde, eignet sich vorzüglich als staatlicher Festtag, wird doch dann nicht mehr Unrecht, sondern Recht gefeiert. In diesem Jahr konnte die Feier erstmals stattfinden. Tags darauf, am 9. Jahrestag der Krönung Pius' XI., wurde die von Marconi geschaffene vatikanische Radiostation eröffnet. Zum erstenmal hat der Hl. Vater am 12. Februar durch Radio zur ganzen Welt gesprochen. Viele Millionen in allen Erdteilen haben seine klare, bisweilen von innerer Bewegung zitternde Stimme gehört. Die ersten Worte seiner lateinischen Rede waren an die gesamte Schöpfung gerichtet: „Durch Gottes unerforschlichen Ratschluß sind Wir Nachfolger des Fürsten der Apostel, deren Lehr- und Predigtauftrag nach Gottes Befehl sich auf alle Völker und die gesamte Schöpfung erstreckt (Mt 28, 19; Mk 16, 15). Zum erstenmal können Wir an dieser Stelle von der wunderbaren Erfindung Marconis Gebrauch machen. So wenden Wir uns zuerst an das ganze All und an alle, indem Wir mit der Hl. Schrift sprechen: ‚Höret, ihr Himmel, was ich sage, es höre die Erde die Worte meines Mundes‘ (Dt 33, 1). ‚Höret das, alle Völker, vernehmet es mit eurem Ohr, alle, die ihr den Erdkreis bewohnt, reich und arm‘ (Ps 48, 1). ‚Höret ihr Inseln und horchet auf, ihr Völker in der Ferne‘ (Is 49, 1).“ — Es folgten Worte zu Gottes Ehre, Worte des Dankes. Sodann wandte der Papst sich an die Katholiken, die Hierarchie, die Ordensleute, die Missionäre, die Gläubigen, die Ungläubigen und Getrennten, die Regierenden, die Untergebenen, die Reichen, die Armen, die Arbeitgeber und Arbeitnehmer, die Betrübten und Verfolgten. Die Ansprache dauerte 14 Minuten. Dann wohnte Pius XI. einer Sitzung der päpstlichen Akademie der Wissenschaften bei. Es sprachen der Präsident P. Gianfranceschi S. J., Direktor der vatikanischen Radio-

station, Senator Marconi, und dann konnte die Welt wieder eine Rede des Stellvertreters Christi hören.

2. *Die Enzyklika über die christliche Ehe.* Daß in unsern Tagen zahllose Schriften und Vorträge sich mit der Ehe befassen, läßt die in weiten Kreisen der Bevölkerung herrschende Ehenot erkennen. Die Lockerung des Bandes zwischen Ehe und Religion mußte zu einer Krisis, bei vielen auch zum Bankrott der Ehe führen. Der Liberalismus, bestrebt, die katholischen Grundsätze von der Ehegesetzgebung auszuschließen, war in den meisten Ländern Europas vorherrschend, als Papst Leo XIII. unterm 10. Februar 1880 in seinem Rundschreiben „*Arcanum divinae sapientiae*“ von neuem den Völkern Christi Lehre und Gottes Gebote über die Ehe vorhielt. Nachdem er darauf hingewiesen, daß die Kirche stets die Heiligkeit und den sakramentalen Charakter der Ehe verkündet hat, betont der große Papst: „Sie hält an der Forderung der Einheit und Unauflöslichkeit der mit freier Willensentschließung vollzogenen und abgeschlossenen Ehe als einem unabänderlichen Gebote Gottes fest. Sie ist dadurch größte Wohltäterin des Menschengeschlechtes geworden und hierin liegt ein besonders deutlicher Beweis ihrer göttlichen Sendung.“ Seither hat die Verweltlichung auf diesem Gebiete noch zugenommen. Die Völker befinden sich in dem Entscheidungskampf, den Leo XIII. vorausgesehen.

Gegenüber dem Ehechaos der heutigen Zeit nimmt Pius XI. Stellung in seinem vom 31. Dezember 1930 datierten Rundschreiben „*Casti connubii*“. Diese klare und vollständige Darstellung des obersten Hirten und Lehrers läßt „die unverfälschte Lehre Christi über die Ehe in den Menscheng Geist hineinleuchten“ und will den christlichen Ehegatten helfen, daß sie „ihr ganzes Denken und Tun nach dem reinen und lauterem Gesetz Christi gestalten, um so für sich und ihre Familie das wahre Glück und den wahren Frieden zu finden“. Das monumentale Meisterwerk zeugt von staunenswerter Vertrautheit mit den heutigen Lebensverhältnissen. Da unsere Quartalschrift eine Reihe von Abhandlungen über den Gehalt des Rundschreibens bringen wird, sei an dieser Stelle von einer ausführlichen Inhaltsangabe abgesehen.

Gewaltig war das Echo bei Katholiken und Nichtkatholiken. Zahlreiche führende Blätter der verschiedenen Sprachen und Nationen begrüßten mit begeisterter Zustimmung die großzüggige, charaktervolle Behandlung des zeitwichtigen, fundamentalen Problems. An Widerspruch fehlte es freilich auch nicht. Wie sehr die bolschewistischen Gebieter Rußlands, die eine neue Welt ohne Gott schaffen möchten, sich durch die Klarheit, Sicherheit und Kraft der kulturschützenden Stellungnahme des Stellvertreters Christi getroffen fühlen, war aus ihrem haßerfüllten Aufschrei zu verspüren.

3. *Unerquickliche Verhältnisse in Elsaß-Lothringen.* Nachdem die Entscheidung im Weltkrieg gefallen, wurde Elsaß-Lothringen der französischen Republik angegliedert, ohne daß der Bevölkerung Gelegenheit geboten war, einen Wunsch bezüglich der Zukunft ihrer Heimat zu äußern. Die Sieger von 1870/71 hatten es nicht verstanden, in den neu gewonnenen Reichslanden moralische Eroberungen zu machen. Abbé Dr Haegy konnte seinerzeit mit Fug und Recht im Reichstag erklären, die deutsche Herrschaft sei immer eine Fremdherrschaft für Elsaß-Lothringen gewesen. In ihrer Freude über die Beendigung des Völkerringens begrüßten auch die meisten deutschsprachigen Elsässer die einziehenden Franzosen mit Begeisterung, zumal die neuen Machthaber mit glänzenden Versprechungen nicht knauserten. Daß sie bindende Erklärungen bezüglich des Festhaltens am napoleonischen Konkordat gaben, konnte die Katholiken beruhigen. Msgr. Ruch, seit kurzem Bischof von Nancy, wurde am 1. August 1919 zum Bischof von Straßburg ernannt, während Msgr. Pelt, bisher Generalvikar von Metz, diesen Bischofstuhl bestieg. In den folgenden Jahren gaben bedauerliche politische Fehler den Elsaß-Lothringern reichlich Gelegenheit zu lauten Klagen. Als 1924 der Bloc national bei den Kammerwahlen eine empfindliche Niederlage erlitt und der neue radikale Ministerpräsident Herriot Wiederaufhebung der Botschaft beim Vatikan und strenge Durchführung des Trennungsgesetzes mit Ausweisung aller Ordensleute ankündigte, da brach besonders in Elsaß-Lothringen ein Proteststurm aus. Der Nuntius Msgr. Cerretti betonte in seiner ersten Unterredung mit Herriot, daß das Konkordat in Elsaß-Lothringen noch zu Recht bestehe. Im September 1924 begann der Ministerpräsident mit der Durchführung des radikalen Programms, indem er zwei Klarissenklöster seine Gesinnungstüchtigkeit fühlen ließ. Die Kampfansage rüttelte die französischen Katholiken auf; seither hat unter Führung des Generals de Castelnau ihre Organisation zur Verteidigung der Gewissensrechte und zur Beseitigung der Bedrückungsgesetzgebung erfreuliche Fortschritte gemacht.

Herriot unterbreitete dem Staatsrat die Frage des Konkordatsregimes in den Departements Moselle, Bas-Rhin und Haut-Rhin; die hohe Körperschaft konnte nicht umhin, sich für die Beibehaltung auszusprechen. In den ersten Monaten 1925 begann die Regierung im Elsaß mit der Umwandlung einiger katholischer Schulen in Simultanschulen. Diese Maßnahme beantworteten Msgr. Ruch und das elsässische Aktionskomitee mit der Aufforderung zum Schulstreik; die große Mehrheit der Bevölkerung leistete Folge. Bereits am 10. April genannten Jahres wurde das Ministerium Herriot gestürzt.

Von Anfang an ließ die Behandlung der Elsässer seitens der französischen Regierung zu wünschen übrig. Sie sahen ihre nationalen Eigentümlichkeiten, die angestammte Sprache, überkommene Gebräuche, die ihnen teuer sind, durch den Zentralismus bedroht. Immer wieder stießen Verfügungen und das Gebaren unkluger Beamten auf Widerspruch. Wenn der Wunsch nach Autonomie weite Volkskreise erfaßte, so steht doch fest, daß die Elsässer — abgesehen vielleicht von verschwindenden Ausnahmen — darunter keineswegs politische Unabhängigkeit verstehen. Im früheren Reichland gibt es keine Bewegung zur Wiedervereinigung mit Deutschland. Dagegen möchten die heimattreuen Parteien einerseits der alemannischen Bevölkerung im französischen Staate die unerläßlichen Sprachen- und Heimatrechte garantiert sehen, andererseits erstreben sie eine Selbstverwaltung, wie sie Elsaß-Lothringen im Deutschen Reich besaß. Es geht keineswegs um eine Entscheidung für oder gegen Frankreich, sondern nur um Erhaltung und Bewahrung der Eigenart des Volkstums. In den „Neuen Zürcher Nachrichten“ (6. Februar 1931) teilt ein Vertreter dieses Tagblattes ein Interview mit Abbé Haegy mit. Ersterer bemerkte u. a.: „Man wirft Ihnen und den Ihrigen vor, Sie liebten Frankreich nicht, und Patriotismus sei eine hauptsächliche Christenpflicht.“ Worauf der Führer der elsäßischen heimatrechtlichen Katholiken erwiderte: „Wir haben keine Feindschaft gegen Frankreich, so wenig wie etwa gegen die Schweiz oder Deutschland. Wir sind durchaus loyale Staatsbürger. Aber einen sehr aktiven Patriotismus für Frankreich von allen Elsägern zu verlangen, das heißt von ihnen Unwahrhaftigkeit verlangen, denn die zerrissene Geschichte ihres Landes hat ein solches Gefühl für einen großen Staat in vielen zerstört; nur für seine Heimat hat der Elsässer einheitliche und starke Empfindungen . . .“

Seit 1928 erscheinen die dem Autonomismus zuneigenden, heimatrechtlichen Katholiken des Elsaßes scharf getrennt von ihren Glaubensgenossen, die den Autonomismus bekämpfen. Jene haben sich gesammelt in der „Union populaire républicaine nationale d'Alsace“, kurz „Uperna“ genannt. Als geistiger Führer dieser katholischen Partei ist Dr. Haegy anzusehen; den Vorsitz führt Prof. Dr. Müller, während die wahltaktische Leitung dem Deputierten Michel Walter anvertraut ist. Die im französischen Sinn nationalen Katholiken fanden sich zusammen in der „Association Populaire Nationale d'Alsace“ („Apna“), deren Präsident Dr. Oberkirch, Deputierter, einige Zeit auch Unterstaatssekretär, ist. Dem Autonomismus ebenso feind wie die Nationalkatholiken sind die elsäßischen Sozialisten; deren Hauptziel ist freilich die Bekämpfung der katholischen Kirche, die zunächst durch Aufhebung des Konkordats geschwächt

werden soll; Schulen und Spitäler wollen sie völlig lazisieren. Dagegen lassen die heimattreuen Kommunisten in kirchlichen Fragen mit sich reden und vermeiden kulturkämpferisches Draufgängertum. Dasselbe gilt von gewissen, persönlich freidenkerischen Autonomisten. 1928 war es bei den Kammerwahlen den heimatrechtlichen Katholiken darum zu tun, die Vorherrschaft der Sozialisten in Straßburg zu brechen. Deswegen gaben sie vor dem zweiten Wahlgang die Parole für den Autonomisten Schall und den heimattreuen Kommunisten Mourer aus. Die Kommunisten ihrerseits stimmten in anderen Wahlkreisen für Autonomisten und für heimattreue Katholiken. Mourer wurde gewählt. In Colmar trugen die Kommunisten zur Wahl des katholischen Lehrers Rossé bei, der damals unter der Anklage stand, gegen den Staat konplottiert zu haben. Bei späteren Wahlen ging die Uperna wiederum gemeinsam mit den Kommunisten vor. Dadurch konnte die blindwütige Logenherrschaft in den Gemeinderäten von Straßburg und Colmar gebrochen werden. Die heimattreuen Kommunisten wurden wegen ihrer Wahlallianz, ihres Elsäßertums und ihrer religiösen Toleranz von der Moskauer Parteizentrale ausgestoßen. — Bei einer Senatsersatzwahl wurde dem Führer der Apna, Dr Pfleger, Unterstützung seitens der Sozialisten zuteil, und so konnte er den Gegenkandidaten Dr Haegy besiegen. — Im Oktober 1930, bei den Gemeinde-Ersatzwahlen, gab die nationalkatholische Apna die Parole für zwei schlimme Kulturkämpfer, aktive Logenbrüder, nämlich einen Sozialisten und einen Radikalen, aus; beide wurden in Colmar gewählt, während Rossé, dem acht Stimmen fehlten, unterlag. Das Resultat wurde von der religionsfeindlichen Presse als Sieg des antiklerikalen Geistes gefeiert. Das war bitter für die Apna, die sich durch die Unterstützung des Freimaurermeisters Sittler und des Israeliten Lehmann gegen den Katholiken Rossé kompromittiert hat, wenn sie auch sich damit entschuldigte, daß der Erfolg der beiden Religionsfeinde das Stärkeverhältnis im Gemeinderat nicht verschieben konnte. Die für Colmar abgeschlossene „Coalition monstrueuse“ erregte in Straßburg eine solche Entrüstung, daß dort die autonomistischen Kandidaten bei der Stichwahl die drei in Frage stehenden Sitze mit ansehnlichem Stimmenzuwachs errangen.

Der unselige Streit in Elsaß-Lothringen treibt ab und zu kuriose Blüten. Bekanntlich sind Hammer und Sichel das Symbol der russischen Sowjetmacht, die dadurch bekundet, daß sie, gegründet auf die Vereinigung der Arbeiter und Bauern, in diesem Zeichen für den Kommunismus die Welt erobern will. Sollen wirklich die Symbole der Arbeit zu diesem Zweck mono-

polisiert werden? Für Vertreter der christlichen Arbeit lag der Gedanke nahe, durch Anbringung des Kreuzes über Hammer und Sichel auszudrücken, daß die Arbeit durch die Religion geheiligt wird und ihren tiefen Sinn erhält. Herr Dr Pinck, Pfarrer in Hambach (Lothringen), Verfasser des Werkes „Verklingende Weisen“, in dem er Text und Melodie der aussterbenden Lothringer Volkslieder gesammelt hat, ließ demgemäß in seiner Kirche als Hintergrund zu einer großen Gruppe der Hl. Familie einen Wandteppich malen, der als Verzierung eine Anzahl kleine goldene Kreuze zwischen Hammer und Sichel trug. Die hochachtbaren Symbole der Industrie- und Landarbeit, oder auch der Männer- und Frauenarbeit, geheiligt durch das Kreuz. Alsbald zogen nationale Blätter gegen den „Skandal“ zu Felde, wobei böswilliger Unsinn behauptete, der Pfarrer habe das Sowjetabzeichen anbringen lassen, um öffentlich die Allianz der „Klerikalen“ und der Kommunisten zu symbolisieren. Herr Valot, Generaldirektor der elsass-lothringischen Dienstzweige in Paris, ersuchte alsbald den Bischof von Metz, Remedur zu schaffen. Msgr. Pelt waltete seines Amtes und der Generaldirektor brauchte nicht lange auf eine befriedigende Antwort zu warten. In dem bischöflichen Schreiben an Valot heißt es, laut „Tems“ (19. Oktober 1930): „Gemäß den Erklärungen, die ich erhalten, glaube ich sagen zu können, daß Herr Abbé Pinck durchaus nicht einen politischen Akt setzen wollte. Es war seine Absicht, seinen Pfarrkindern zu zeigen, daß die durch Sichel und Hammer versinnbildete Arbeit geheiligt werden soll durch das Kreuz, welches das Christentum symbolisiert. Ich habe nicht unterlassen, Herrn Pinck zu sagen, daß, welches auch seine Deutung sei, die bewußten Embleme nicht nur unangebracht, sondern auch anstößig sind und in einer Kirche Ärgernis erregen. Ich bin andererseits in der Lage, Sie davon in Kenntnis zu setzen, daß Hr. Abbé Pinck mir mitteilt, er habe die betr. Malerei beseitigen lassen.“ — So war das Vaterland wieder einmal gerettet. In einem langen Artikel des „Lothringer Journal“ vom 15. Oktober 1930 spricht Generalrat Straub gewissen Leuten scharf ins Gewissen, die besser daran täten, dafür zu sorgen, daß die Arbeiter in Lothringen in ihren Lebensbedingungen besser gestellt werden, damit sie nicht aus proletarischer Not dem Kommunismus verfallen, statt an einem Wandteppich, der Hammer und Sichel unter das Kreuz stellt, ihr Mütchen zu kühlen. Als ein größerer Skandal erscheint jedenfalls dem neutralen, unparteiischen Beobachter das Gebaren eines unter geistlicher Leitung stehenden Blattes, das die Niederlage der Sozialisten in Straßburg bedauert und den Sieg eines kulturkämpferischen Freimaurers über den treukatholischen Lehrer Rossé freudig begrüßt hat.

Ob nun auch in Elsaß-Lothringen aus den Kirchenbildern der Hl. Familie der Hammer, den man nicht selten in der Hand des hl. Josef sieht, mit dem auch der hl. Eligius abgebildet wird, verschwinden muß? Und die Sichel der hl. Notburga? Hammer und Sichel sind nunmehr verpönt, aber die Trikolore ist unantastbar, gleich den andern Nationalfahnen. Der „Elsässer“ glaubte, die überhandnehmende Kirchenausschmückung mit der Trikolore tadeln zu müssen. Das elsäßische Volksempfinden sträubt sich dagegen, während in Frankreich niemand daran Anstoß nimmt. Die Äußerung des führenden katholischen Blattes in Straßburg gab der nationalen Presse Anlaß zu einer maßlosen Hetze. Am 16. November 1930 fand im Münster zur Zentenarfeier der belgischen Unabhängigkeit ein Te Deum statt. Nach dem Bericht des nationalistischen „Elsässer Boten“ war die Straßburger Kathedrale „zu dieser erhebenden Sympathiekundgebung mit belgischen und französischen Farben aufs prächtigste dekoriert worden. Inmitten von leuchtenden blau-weiß-roten Trikoloren prangten am Ehrenplatz belgische schwarz-gelb-rote Fahnen. Draperien in den belgischen Nationalfarben schmückten die Chorwand über den beiden Eingängen zur Krypta Zu beiden Seiten des Treppengeländers zum Chor waren 21 Fahnen der verschiedenen patriotischen Vereinigungen aufgestellt, die sämtlich durch Delegationen im Mittelschiff vertreten waren“. Wie ein Mitarbeiter der „Neuen Zürcher Nachrichten“ bemerkt, „wurde die ganze Kirche in einen Wald von Nationalfahnen der früher verbündeten Staaten verwandelt. Auch die japanische fehlte darunter nicht, obwohl ihr Recht in einer christlichen Kirche ja besonders schwer einleuchtet . . .“. Diesem Fahnenschmuck entsprach die Rede des Diözesanbischofs. „Die Unabhängigkeit Belgiens“, rief er aus, „bedeutete 1914 einen Wall nicht nur an Festungen, sondern auch von Gewissen. Sie bedeutete einen König, eine Armee, ein Volk, die sich den Invasionen und Kriegsgefahren aussetzten, dem Hunger und allen Leiden, den Plünderungen und dem Ruin, Brand und Mord, um die gegebene Unterschrift nicht zu entehren und weil in ihren Augen ein Vertrag kein Papierfetzen ist . . .“. Indem der Bischof indirekt jede Kritik an dem Fahnenschmuck zurückwies, sagte er in Bezug auf die belgische Fahne: „So möge denn Ihre Fahne in dieser Kathedrale freudig neben der unsrigen wehen. Unsere Nationalfahnen haben das unbestreitbare Recht, in unseren Kirchen zu erscheinen, nicht allein weil eine ausdrückliche Erklärung der Kirche ihnen dieses Recht zugesteht, sondern auch deshalb, weil sie das Symbol des Landes sind und ihre Anwesenheit neben dem Kreuze wie eine innige Umarmung der Religion und des Vaterlandes ist . . .“. Wenn auch die „belgischen Greuel“ nicht wegzuleugnen sind, so hätte Msgr.

Ruch vielleicht doch besser getan, nicht darauf anzuspitzen. Er, von dem jemand in der „Allgemeinen Rundschau“ (18. Oktober 1930) schrieb: „Rein wie der Münsterturm über dem Brodem der engen und lebendigen Stadt sein Haupt in die Lüfte unwandelbar erhebt, so schreitet auch derjenige, der wie sein Münsterturm in hochragender Sendung bestellt ist, durch das Gewirr parteiischer Menschen, wie ein wahrer Bischof . . . Die deutschen Katholiken haben die Pflicht, sich eine richtige Meinung über diese verkannte Persönlichkeit zu bilden. Er hat es gewiß verdient, denn er ist von einem wahren Friedenswillen beseelt, und er wünscht nichts sehnlicher als eine herzliche Verständigung mit dem deutschen Nachbarvolk. Und das müssen die deutschen Katholiken wissen.“ Zur Bildung dieser „richtigen Meinung“ war die Straßburger Dompredigt leider wenig geeignet.

4. *Zur kirchenpolitischen Lage in Mexiko.* Vor zwei Jahren begannen Unterhandlungen mit der mexikanischen Regierung im Hinblick auf Wiederherstellung befriedigender Beziehungen zwischen Kirche und Staat. Der Erzbischof von Morelia (Michoacan), Msgr. Ruiz y Flores, reiste nach Rom, um an höchster Stelle eine Darlegung der verwickelten Frage zu geben. Er wurde alsdann zum Apost. Delegaten in Mexiko ernannt und hatte in dieser Eigenschaft mit den öffentlichen Gewalten seines Landes zu verhandeln.

Der Geistliche A. Lugan, dem die amerikanischen Verhältnisse wohlbekannt sind, veröffentlichte kürzlich in der „Libre Belgique“ eine Unterredung mit dem Apost. Delegaten. Bereits früher hatte er in Mexiko Gelegenheit, den Prälaten zu sehen, der, wie Lugan hervorhebt, „von bemerkenswerter Intelligenz und großer, rascher Auffassungsfähigkeit ist, eine harmonische und ausgeglichene Seele, seiner Kirche ebenso treu ergeben wie seinem Vaterlande, aufs engste mit allen Ereignissen vertraut, die seit 1926 Mexiko erschüttert und die Welt in Staunen gesetzt haben“. Ihm legte Lugan vierzehn Fragen vor, die an Klarheit nichts zu wünschen übrig lassen, da er die Sprache und Geschichte Mexikos, die Schwierigkeiten des politisch-religiösen Problems, wie auch alles, was seit dem Sturz des Diktators Porfirio Diaz im Jahre 1914 bis heute vorgefallen, wohl kennt. Aus Lugans Fragen und den Antworten von Msgr. Ruiz y Flores sei hier das Wesentliche hervorgehoben. Als Grundlage für die Friedenspräliminarien und einen Modus vivendi dienten folgende Punkte: 1. Anerkennung der Existenz der Kirche und ihrer Freiheit, die ihr unumgänglich notwendig ist, damit sie gemäß der eigenen Natur leben könne. 2. Anerkennung der Hierarchie durch die Verpflichtung der Regierung, auf ihren Registern nur die von den Bischöfen angestellten Priester einzutragen. 3. Das Versprechen, die auf kirchliche Dinge bezüglichen Gesetze nicht

anzuwenden oder sie nur im Geiste der Eintracht und ohne sektiererische Tendenz zu interpretieren. 4. Anerkennung des Rechtes der Kirche, die Reform der Gesetze zu verlangen. — Man bedenke, daß die mexikanische Verfassung von der Hierarchie und überhaupt von der Existenz der Kirche keine Notiz nimmt. 1926 ignorierte der Kongreß das Recht der Katholiken, eine Verbesserung der Gesetze zu beantragen. Heute sind die Rechte der Kirche, ihre Existenz, ihre Hierarchie grundsätzlich gewahrt.

Auf die Frage, wie das Präliminar-Übereinkommen auf der Rechten und auf der Linken aufgenommen wurde, antwortete der Apost. Delegat: Auf beiden Seiten nahm man den *Modus vivendi* gut auf; die einen taten es in der Einsicht, daß man für den Augenblick nicht mehr verlangen konnte, die ändern, weil sie Zeugen der durch diesen Konflikt hervorgerufenen Erschütterungen und Umwälzungen waren. Auf beiden Seiten gab es freilich auch Gegner; die einen träumten von einem vollständigen Triumph und die anderen erblickten in dem Übereinkommen eine Niederlage der Regierung. Gewisse Leute tadelten es offen. Im allgemeinen haben jedoch Bischöfe, Klerus und Volk den *Modus vivendi* freudig begrüßt, was freilich nicht besagt, daß sie bereits zufrieden sind. — Die Frage, ob man hoffen könne, daß der Weg der Eintracht nun offen sei, beantwortete der Erzbischof: Es bestehen positive Hoffnungen, eine Reform der Gesetze zu erreichen, die der Kirche die notwendige Freiheit auf dem Gebiet des Unterrichts, der Ordensgenossenschaften, des Eigentums an den Kultusgebäuden u. s. w. gewährt. — Die Möglichkeit, daß sich dabei Hindernisse entgegenstellen werden, ist nicht ausgeschlossen; nämlich bei den Katholiken der Drang, zu viel und zu schnell zu wollen, bei den Gegnern die Befürchtung, ein freiheitliches Regime könnte den Katholiken gestatten, sich der Regierung zu bemächtigen.

Gefragt, wie es komme, daß der Klerus und die katholischen Laien, wenn sie sich mit der religiösen und sozialen Aktion befassen, sich nicht in die eigentlich politischen Kämpfe mischen, antwortete Msgr. Ruiz y Flores: Indem sich die Katholiken nur der Kath. Aktion widmen, bereiten sie ohne Zweifel eine politische Erneuerung, jedoch friedlicher Art vor. Offenbar wäre ihr Eingreifen in den Parteienkampf vollkommen nutzlos. Die einzige Politik, an der sie sich bereits heute zu beteiligen haben, ist jene, die die Wiedereroberung ihrer Freiheit bezweckt, welche Freiheit sie von irgend einer Partei oder Regierung, die sie zu sichern kann, entgegennehmen. — Des weitern erklärte der Prälat: Ist einmal die volle Freiheit der Katholiken anerkannt, so sind sie auch frei, mehr oder weniger fortschrittliche Parteien zu gründen oder sich irgend einer ändern, von ihrem Gewissen

gebilligten Partei anzuschließen. — Abbé Lugan fragte, welches die wesentlichen Punkte seien, die jeder mexikanische Katholik annehmen könnte und müßte in seiner Aktion, ohne daß dadurch seine staatsbürgerliche Stellung eine Verminderung erfahren würde. Die Antwort lautete: In den Grundsätzen der Politik müßten sich die Katholiken den Lehren der Kirche unterwerfen. Sie würden sich für das Übrige einer vollen Meinungsfreiheit erfreuen, besonders für alles, was die Regierungsform, die Gesetzgebung, die Mittel zur Beseitigung der sozialen Mißstände u. s. w. anbelangt. Ich glaube nicht, daß die Kirche außerhalb der für uns notwendigen Freiheiten sich einmischen soll, um die eine oder andere Tendenz, durch die die Gesetze der Gerechtigkeit, der Sittlichkeit und der Nächstenliebe nicht verletzt werden, zu billigen oder zu verurteilen.

Oft kann man lesen, die ganze mexikanische Nation sei katholisch. Dazu äußerte der Erzbischof u. a.: Bei der Volkszählung von 1910 bekannte sich die ungeheure Mehrheit der Mexikaner zur katholischen Religion. Sie ist katholisch durch die Taufe, die Firmung und den Ruf an den Priester, daß er die Sterbesakramente spende. Außer in gewissen, einigermaßen bedeutenden Städten und andern Zentren herrscht aber eine große, beklagenswerte religiöse Unwissenheit; sie ist nur allzu begreiflich, wenn man bedenkt, daß 4000 Priester ehemals für 15 Millionen Einwohner nicht genügten, und daß die Kirche seit der Unabhängigkeit Mexikos sich zunächst inmitten beständiger Revolutionen befand und dann durch die sog. Reformgesetze verarmte. Jene Katholiken, die, freilich gering an Zahl, sich ihrer religiösen, sozialen und politischen Pflichten bewußt sind, haben bisweilen erfreuliche Beweise ihrer Organisation und Disziplin geliefert, so bei den Wahlen von 1912, wo sie mehr als 90 Mandate errangen. Leider gibt es viele, die infolge von Unwissenheit oder mangelhafter Bildung glauben, zugleich katholisch sein und sich zu radikalen und sozialistischen Ideen bekennen zu können. — Unter den 16 Millionen Einwohnern zählt man etwa 5 Millionen Indianer. Der Katholizismus jener, die von der Pfarrei entfernt wohnen, ist sehr rudimentär und mit Aberglauben durchsetzt, während die in den Städten vom Pfarrer betreuten Indianer durchweg zur Kirche stehen. — Hauptsächlich finden sich die Antiklerikalen unter den Kreolen, die offizielle Schulen besucht haben. — Abbé Lugan fragte auch, ob eine Zusammenarbeit der mexikanischen Katholiken an den neutralen Werken anderer Gruppen und der Regierung möglich sei, vorausgesetzt, daß es sich um Werke der Gerechtigkeit oder der Nächstenliebe auf sozialem, industriellem, landwirtschaftlichem oder pädagogischem Gebiete handelt. Die Antwort lautete, all das sei sehr leicht möglich vom Augenblick an, wo

die Kirche sich der Freiheit erfreut. — Auf die Frage, wie man eine intellektuelle, soziale und sogar politische Elite unter den Katholiken heranbilden könne, betonte Msgr. Ruiz y Flores: Indem man die Zentren katholischer Sozialbildung vermehrt und die Katholische Aktion stärkt.

Bis die kirchlichen Verhältnisse in befriedigender, ersprießlicher Weise neu geordnet sein werden, müssen die Oberhirten, Klerus und Volk noch viele Schwierigkeiten überwinden. Der Papst, der dieselben am besten kennt, mahnte darum in seiner Weihnachtsansprache, für die Katholiken Mexikos zu beten. — Heute leben in Mexiko nur noch etwa 3000 Priester.

Literatur.

A) Eingesandte Werke und Schriften.

An dieser Stelle werden sämtliche an die Redaktion zur Anzeige und Besprechung eingelangten Schriftwerke verzeichnet. Diese Anzeige bedeutet noch keine Stellungnahme der Redaktion zum Inhalte solcher Schriftwerke. Soweit es der verfügbare Raum und der Zweck der Zeitschrift gestatten, wird die Redaktion nach freiem Ermessen Besprechungen einzelner Werke veranlassen. Eine Rücksendung der zur Besprechung eingesandten Werke erfolgt in keinem Falle.

Achermann, F. X. *Sonntagschristenlehren für die reifere Jugend.* Methodisch bearbeitet für Seelsorger und Katecheten. 3. Band: *Von den Gnadenmitteln.* Limburg a. d. Lahn 1931, Gebr. Steffen. Brosch. M. 8.50, geb. M. 10.50.

Acta Hebdomadae Augustanae-Thomisticae ab academia romana sancti Thomae Aquinatis indictae. Recurrente XV centenariò anno a felici transitu S. Augustini ac simul quinquagesimo anno a creatione eiusdem academiae (Romae, 23—30 Aprilis 1930). Taurini-Romae 1931. Apud Marietti. L. 25.—.

Alvarez, Dr. Javier Fernandez. *Algunos Testimonios historicos sobre la misa „pro populo“ ante del Concilio de Trento.* Camaguey. Cuba 1931.

Auer, Dr. Wilhelm. *Opferpriestertum.* 8^o (112). Dülmen i. W. 1930, Laumann. Geb. in Leinwand M. 1.50.

Baur, Dr. P. Chrysostomus, O. S. B. *Der christliche Orient.* In Verbindung mit namhaften Fachgelehrten herausgegeben. 4^o (88). Mit 77 Abbildungen. München 1930, Verlag der Catholica Unio, Leopoldstraße 153. M. 1.25, in Orig.-Einband M. 2.25.

Behuneeck, Klara. *Vater unser und Heidenmission.* Dramatische Bilder aus dem Missionsleben. Herausgegeben von der St.-Petrus-Claver-Sodalität. Gr. 8^o (38). Bestelladresse: Claver-Sodalität, Salzburg, Dreifaltigkeitsgasse Nr. 19. S. —.80.

Benedictio signi vel campanae e Pontificali Romano desumpta. Ratisbonae 1930, Fr. Pustet. Kart. M. 1.—.

Berghaus, P. Dr. Paulus, O. M. Cap. *Komm herüber und hilf.* Zwölf Predigten zur Weckung katholischen Missionseifers. 8^o (95). Dülmen i. W. 1930, Laumann. M. 2.—.

Bertrams, Johannes. *Des Priesters Kreuzweg-Andacht.* Mit 14 in Tiefdruck hergestellten Bildern von L. Feldmann. Düsseldorf, L. Schwann. M. 1.20.